Wohnen und Bauen

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Schleswig-Holstein braucht mehr erschwinglichen Wohnraum - für Mieter wie für Käufer. Dazu muss der Landesentwicklungsplan für die nächsten Jahre so gefasst werden, dass sowohl im städtischen, als auch im stadtnahen Raum genügend Bauland für Wohnungen bereitgestellt wird.

- Wir brauchen mehr Bauflächen! Wer keine Flächen ausweisen will, der kann weder den Bürgern guten Wohnraum bieten, noch der Wirtschaft neue Gewerbegebiete.
- Wir fordern, die Grundsteuer und die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie abzuschaffen.
- Wohnungsunternehmen sollen beim Verkauf ihrer Immobilien den Mietern deren Wohnung zum Kauf anbieten. Eine steuerliche Sonderabschreibung für die eigengenutzte Immobilie soll möglich sein.
- Den Bau von Wohnungen erleichtern: Die Gemeinden können Bauland ausweisen und die zulässigen Geschoßflächenzahlen anheben. Durch Aufstockung, Verdichtung und die Nutzung von Brachflächen können neue Wohnungen entstehen und dabei helfen. Ortszentren wiederzubeleben.
- Die Baukosten müssen erheblich gesenkt werden ein Schritt, der auch durch Abschaffung überflüssiger Regelungen möglich sein kann! Seit Juli 2022 gilt für neue Wärme- und Kälteanlagen eine Nutzungspflicht von 15 Prozent des jährlichen Wärmebedarfs durch erneuerbare Energien. Solche und andere Eingriffe in die Selbstbestimmung lehnt die AfD selbstverständlich in jeder Hinsicht ab.
- Die AfD fordert ein neues Konzept für den sozialen Wohnungsbau, z.B. mit einer Förderung über Steuervorteile und Nachlässe für Investoren und Bauträger. Förderungswürdig sollten besonders Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Bewerber in Ausbildung sein. Einkommensschwache Mieter sind mit Wohngeld zu unterstützen.

Programm für Rendsburg

Gemeinsam für Rendsburg.

Migration, Wohnungsmangel und demografischer Wandel - Rendsburg steht am Scheideweg: Entweder, es findet der dringend notwendige Politkwechsel in der ehemaligen Garnisonsstadt statt, oder wir werden das Antlitz unserer Heimat in nicht allzu weiter Zukunft nicht mehr wiedererkennen. Wir müssen handeln, und zwar jetzt!

- Wir müssen Lösungen für die ungenügende medizinische Versorgung durch Hausärzte im Gebiet in und um Rendsburg schaffen. Bedarfspläne der Kassenärztlichen Vereinigung müssen an die Bedürfnisse der Menschen vor Ort angepasst werden - ebenso sollte durch Entfall der bürokratischen Hindernisse die Niederlassung attraktiver gemacht werden.
- Die Schaffung von bezahlbaren Baugrundstücken für Familien mit mittleren Einkommen ist ein Herzensanliegen. Eigentum darf kein Luxus sein!
- Wir sagen: Schluss mit dem Aussterben der Innenstadt! Die Ansiedelung von Unternehmen ist zu fördern, Parkplatzgebühren auf öffentlichen Parkplätzen sind gänzlich abzuschaffen.
- Tempo-30 hat die Ausnahme zu bleiben und nur dort eingeführt zu werden, wo auch Bedarf besteht - und nicht im gesamten Stadtgebiet!
- Wir brauchen mehr Wohnraum für sozialschwache Bürger. Sozialer Wohnraum braucht daher endlich mehr Anreize, um flächendeckend eingeführt zu werden!
- Schluss mit der Unterrichtung unserer Schüler in Containern. Bildung darf und muss Geld kosten!
- Ob Stromausfall oder Pandemie: Die Stadt Rendsburg benötigt endlich einen verbindlichen Warnleitfaden für den Fall, daß in welcher Art auch immer ein stadtweiter Notfall eintreten sollte.
- Verteilerschlüssel für Asylbewerber einhalten und nicht länger überschreiten, Kommunen von den Folgen der Massenmigration schützen!

Programm für Eckernförde

Gemeinsam für Eckernförde.

Eine zunehmende Verdrängung der Bevölkerung durch den Zuzug Externer, eine aussterbende Innenstadt, ein gewaltiger Parkplatzmangel sowie das gesamte Drama um den Wegfall der Imland-Klinik:

Die Altparteien haben es Eckernförde in den vergangenen Jahren gewiss nicht leicht gemacht. Wir sind hier, um diese Mißtände zu ändern!

- Wir standen von Anfang an ein für den Erhalt beider Klinikstandorte in Rendsburg und Eckernförde mit Geburtstation und stellen uns somit gegen den Rentabilitätswahn im deutschen Gesundheitswesen. Gesundheit ist keine Ware!
- Schluss mit der "Syltisierung" Anwohner dürfen nicht länger durch wohlhabene, externe Zuzügler vertrieben werden!
- Ob beim Einkaufen oder auf dem Weg zum Arzt: Die Parkplatzsituation in der Innenstadt ist desaströs! Wir fordern daher die vermehrte Einfuhr kostenfreier Parkplätze, den Bau neuer öffentlicher Parkplatzflächen, sowie Vergünstigungen für Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen.
- Wir sagen "nein" gegen hohe Flüchtlingsquoten. Helfen ja. aber mit Augenmaß!
- Bezahlbarer sowie sozial geförderter Wohnraum für Eckernförder muss endlich vorangetrieben werden. Kein Eckernförder muss auf der Straße leben. Wir fordern: «Eckernförder zuerst!»
- Küstenschutz mit Augenmaß für Sinn und Verhältnismäßigkeit. Schluß mit überteuerten Projekten in Millionenhöhe!
- Den Bürgerpark in Borby ausgestalten und besser nutzen. Außerdem bedarf es einer neuen Seebrücke!
- Wir fordern strikte Obergrenzen für Ferienwohnungen - denn diese verschärfen die Wohnungsknappheit in der Stadt Eckernförde nur noch weiter.

Unsere Spitzenkandidaten für den Kreistag



Sven Chilla Rendsburg Listenplatz 1



Kevin Dorow Listenplatz 2



Dr. Jens Görtzen

Fabian Buhk

Unsere Spitzenkandidaten für Eckernförde





Mehmet Trojan Doris Rautenberg Nastasja Rohde Thomas Schulze





Unser Spitzenkandidat für Rendsburg



Sven Chilla

Interstützen Sie uns mit Ihrer Spende! Unsere Kontoverbindung AfD Kreisverband Rendsburg-Eckernförde Bank: Fördesparkasse IBAN: DE 10 2105 0170 1002 0258 88, BIC: NOLADE21KIE

Herausgeber: AfD, Kreisverband Rendsburg-Eckernförde, Walkerdamm 1, 24103 Kiel

Unser Norden. Unser Programm.

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland zu den Kommunalwahlen 2023 im Kreis Rendsburg-Eckernförde sowie den Städten Rendsburg und Eckernförde.





Präambel

Unsere Demokratie ist in Gefahr. Denn noch nie seit dem Ende der DDR wurden die Grundrechte der Deutschen so massiv engeschränkt wie in den vergangenen Jahren.

Nach den einschneidenden Corona-Maßnahmen, die sich als ineffektiv und überzogen herausgestellt haben, stürzt die völlig verfehlte Energiepolitik unser Land in eine tiefe wirtschaftliche Krise. Die galoppierende Inflation verteuert das Leben der Bürger in allen Bereichen. Der Konflikt in der Ukraine dient als Vorwand für immer neue Maßnahmen, die unser aller Leben erschweren. Die innere Sicherheit wird auf dem Altar des Multikulturalismus geopfert. Statt sich um die Bedürfnisse des deutschen Volkes zu kümmern, errichten die Berliner Machthaber einen aufgeblähten Apparat aus «Beauftragten», die sämtliche Bereiche des öffentlichen und inzwischen auch privaten Lebens reglementieren.

Ideologie treibt und erschwert unser aller Leben inzwischen in so gut wie allen Lebenslagen: Massenmigration, Genderwahn, Klimaideologie, Sprachverbote und Kulturverlust beeinträchtigen uns alle auf Bundes-, Landes- sowie Kommunalebene.

Diese vefehlte, ideologiegetriebene Politik strahlt bis in die Kreise und Kommunen hinein und leitet dringend benötigte Gelder - z.B. für Krankenhäuser, Schulen oder Straßen - in Nischenprojekte von Minderheiten um. Krankenhäuser und Geburtshäuser werden aufgrund finanzieller Knappheit geschlossen, während für Minderheitenpolitik allzeit Millionen von Euro zur Verfügung stehen. Daher ist es unabdingbar, daß die AfD als einzig echte Opposition auch in den Kreistagen, Rathäusern und Gemeinderäten stark vertreten ist.

Zur Wahrung des Andenkens unserer Vorfahren, der Verantwortung für unser Volk und dem Willen, für die Zukunft der nächsten Generationen einzutreten, nehmen wir die große Bürde auf uns, allen Repressionen und Einschüchterungsversuchen zum Trotz politisch auf die Zukunft unsereres Landkreises einzuwirken. Wie auch im Jahre 2018 erneubei der Kreistagswahl - erstmals aber auch in den Städten Rendsburg und Eckernförde.

Richten wir uns gemeinsam gegen den Wahn der Altparteien und setzen uns ein für den Erhalt unserer Heimat.

Unser Land zuerst!

Familie und soziale Fürsorge

Würde für Kinder, Würde im Alter.

Die Freiheit und Selbstverantwortung der Familien stehen im Mittelpunkt unseres kommunalpolitischen Handelns und Denkens. Wir fordern einen Wechsel zu einer starken, selbstbestimmten Unterstützung von Familien, Kindern und Senioren.

- Eltern müssen ohne finanzielle Nachteile zu erleiden, selbst entscheiden können ihre unter dreijährigen Kinder in die Tagesbetreuung zu geben oder zu Hause selbst liebevoll aufzuziehen und zu betreuen.
- Ein Ergebnis der Corona-Maßnahmen ist, daß immer mehr Kinder sprunghaft zu deutlichem Übergewicht neigen. Um dieser die Gemeinschaft und die öffentlichen Kassen belastenden Folge entgegenzuwirken, fordern wir für jedes Kind bis zur Vollendung seines 18. Lebensjahres eine kostenfreie Mitgliedschaft bei einem Sportverein seiner Wahl.
- Wir möchten die verschiedenen Generationen verbinden, indem wir den Bau von Mehrgenerationenhäusern mit Kindergärten und Seniorenheimen unterstützen.
- Wir möchten die Familien bei der Grundsteuer entlasten. Ab dem dritten Kind sollen Familien keine Grundsteuer mehr zahlen müssen.
- Wir unterstützen die Wiedereinführung einer Gemeindeschwester, um Menschen zu unterstützen, die ihre pflegebedürftigen Eltern zu Hause im gewohnten sozialen Umfeld betreuen und pflegen. So wollen wir auch die Hospize in den Kreisen entlasten.
- Wir stehen dafür ein, Kindergartengebühren restlos zu streichen Kinderbetreuung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein!
- Würdevolles Altern: Familien sollen vermehrt finanziell dabei unterstützt werden, Pflege im familiären Umfeld zu ermöglichen. Zur Senkung von Pflegekosten in Altenheimen soll der Kreis bei der Finanzierung vermehrt einspringen.

Bildung und Kultur

Kultur wertschätzen, Schulen voranbringen.

Schulen werden finanziell im Stich gelassen, deutsche Kultur zunehmend von links-grünen Geschichtshassern verunglimpft und zeitgleich mehr und mehr linke Ideologieprojekte in Schulen und Kindergärten propagiert. Wir fordern daher:

- Ideologie raus aus unseren Schulen: Schluss mit
 Gender und Frühsexualisierung. Ebenso muss die
 politische Neutralitätspflicht allzeit gewahrt werden. Die Vermittlung von grundlegenden Kulturtechniken, unverzichtbarem Grundwissen und
 für das künftige Leben sinnvoller Bildung muss
 wieder ins Zentrum des Schulalltags treten, nicht
 die Verbreitung kulturmarxistischer Ideologien!
- Die AfD fordert die Wiedereinführung der bewährten Vorschulklassen.
- Kleine Schulen, soweit noch vorhanden, müssen erhalten werden, Klassen in ihrer Größe begrenzt werden. Mehr als 15 Mitglieder sollte eine Lerngruppe nicht haben. Die AfD steht zum Leistungsprinzip.
- In den Kindergärten und Grundschulen sollte das Unterrichtsfach "Heimatkunde" seinen gebührenden Platz wieder einnehmen. Dazu gehört die Erkundung regionaler Geographie und Geschichte genauso wie die Erforschung der heimischen Tier- und Pflanzenwelt sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen unserer Heimat.
- Schulen dürfen nicht unter Massenmigration leiden. Daher fordern wir: "Unsere Kinder zuerst!" - keine Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen!
- Sinnvolle Inklusion beeinträchtiger Kinder erfolgt auf Pausenhöfen und in der Freizeitgestaltung mit anderen Kindern, nicht im Unterricht! Daher sollen vermehrt Förderschulklassen eingerichtet werden.

Landwirtschaft und Umwelt

Unsere Heimat, unsere Natur.

Der Mensch ist Teil der Natur und nicht ihr Feind. Unsere gewachsene Kulturlandschaft bietet uns heute gesunde Nahrungsmittel, nachhaltige Forsten, sichere Küsten und einen hohen Freizeit- und Erholungswert - auch für unsere vielen Urlaubsgäste. Unsere Landwirte kennen ihren Boden, ihre Tiere, ihre Früchte am besten; der Förster seinen Wald, der Jäger sein Revier. Sie betreiben aktiven Natur-, Tier- und damit echten Heimatschutz. Umweltschutz ist nicht das Privileg von Interessengruppen am Grünen Tisch, sondern von denen, die unsere Umwelt jeden Tag hegen, pflegen und gestalten. Landwirte, Forstwirte und Jäger verdienen daher in jeder Hinsicht unsere Anerkennung für ihre Arbeit und dürfen nicht als Sündenböcke für radikale Aktivisten herhalten.

- Die AfD fordert eine vollständige Abschaffung der völlig überflüssigen und bürokratischen Düngeverordnungg, da beim heutigen Ausbildungsstand der Landwirte und den explodierenden Preisen von Düngemitteln eine Überdüngung kaum bis gar nicht mehr stattfindet.
- Die Art der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen wie Ackerland, Wiesen oder Sonderkulturen soll allein in der Entscheidung der Landwirte liegen. Die sich hier abzeichnende Planwirtschaft lehnt die AfD ab.
- Die AfD will sich in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten, jedoch nicht über ihre Köpfe hinweg, für weitere Verbesserungen in der Nutztierhaltung einsetzen.
- Jäger verdienen Respekt! Ziel muss es sein, die Ausübung der Jagd und das Weidwerk als das darzustellen, was es ist: eine in unserer Kulturlandschaft zentrale Form des Tier-, Umwelt- und Naturschutzes.
- Umweltschutz statt Klimawahn: Windräder verschandeln Landschaften, schreddern Vögel und Insekten und machen Böden auf Dauer unbrauchbar und nicht zuletzt die Anwohner krank. Ferner verdrängt die Windkraftindustrie Landwirte von ihren Flächen. Wir fordern: Schluss mit diesem Irrsinn!

Wirtschaft und Energie

"Wohlstand"kommt von "Mittelstand".

Schleswig-Holstein ist durch seine mittelständische Wirtschaft geprägt. Um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, braucht das Land mehr und modernere Betriebe des produzierenden Gewerbes, der Gesundheitsbranche, aus Dienstleistung und Logistik. Notwendig hierfür ist aber auch eine bezahlbare sowie zuverlässige Energieversorgung!

- Meister statt Master wir stellen uns gegen den Akademisierungswahn und stehen für die Förderung von dualen Ausbildungen sowie der auzubildenden Lehrlinge.
- Landschaftsverbrauch begrenzen! Wind- und Solarkraftwerke sowie neue Stromtrassen zerschneiden zusehends unsere wunderschöne Landschaft.
- Eine Willkommenskultur für Jungunternehmer: Schnelle, unbürokratische Firmengründungen müssen auch in Rendsburg-Eckernförde möglich sein!
- Ehe neue Gewerbeflächen auf der grünen Wiese ausgewiesen werden, sollen bestehende Brachflächen genutzt werden auch innerorts, um die Innenstädte zu beleben.
- Wir fordern die Abschaffung des EEG und der CO2-Steuer. Heizen und Tanken darf nicht zum Luxus werden!
- Wir stehen für technologieoffene Verkehrspolitik und Stärkung des ÖPNV bei Wahrung der individuellen Mobilität, statt einseitiger Fixierung auf Elektromobilität.
- Wir brauchen eine Absicherung durch moderne Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke. Kein weiterer Ausbau von Windkraftanlagen an Land und kein weiteres Aufweichen der Abstandsregeln!